

## Die Umstrukturierung der Uno in den 90er Jahren

Die Uno sollte seit ihrem Entstehen für verschiedene Interessen nutzbar gemacht werden. Sehr erfolgreich war in den letzten Jahren die Kommission für globale Steuerung (Commission for Global Governance). Die Uno wird damit zu einer Einrichtung, die sich stark ändert.

Die Kommission für eine globale Steuerung entstand aus einer Initiative Willy Brandts, der nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 die Zeit für gekommen erachtete, globale Vorgaben zu machen, an die sich die freien Staaten zu halten hätten. Im Januar 1990 trafen sich die Mitglieder seiner Kommission für internationale Entwicklung zusammen mit der Kommission für Abrüstung (Olaf Palme-Kommission), der Kommission für Umwelt und Entwicklung (Gro Harlem Brundtland-Kommission) und der Süd-Kommission von Julius Nyerere in Königswinter in Deutschland. Alle diese Kommissionen wurden von bedeutenden Mitgliedern der sozialistischen Internationalen geführt.

Bedeutsam mag in diesem Zusammenhang sein, dass Wladimir Bukowski in seinem Buch „Abrechnung mit Moskau“ (1996 im Gustav Lübbe Verlag, S. 63) Berichte des Zentralkomitees der UDSSR über die Palme-Kommission zitiert. Erschreckenderweise vereinbarten Mitglieder dieser Kommission wie Cyrus Vance, David Owen und Egon Bahr mit der Sowjetunion, dass sie zur Abrüstung dieselben Forderungen wie die Sowjetunion stellen, aber dafür andere Worten verwenden würden. Ausdrücklich wollten sie damit Beschuldigungen vorbeugen, sie verträten die Politik Moskaus. 1976 hielt der Chef des KGB, General Krjutschkow, in einem Schreiben an seine Agenten fest, dass die neue Führung der Sozialistischen Internationalen, Ingvar Carlsson und Willy Brandt, ein neues Programm entwickelten, das dem der Sowjetunion entgegenkomme. Die Agenten sollten Führer innerhalb der Sozialistischen Internationalen, die den kommunistischen Totalitarismus weiterhin bekämpften, mit aktiven Massnahmen diskreditieren und Freunde der neuen Führung mit aktiven Massnahmen unterstützen. (S. 283ff)

Ingvar Carlsson, Schweden, Shridath Ramphal (Generalsekretär des Commonwealth, Guyana) und Jan Pronk (Entwicklungshilfeminister Niederlande) arbeiteten für die Initiative Brandts im Jahr 1990 einen vorläufigen Plan dafür aus, welche Aktivitäten notwendig sind, um eine neue Weltordnung einzuführen. Dieser Plan wurde einem ausgewählten Kreis bei einem Treffen in Stockholm im April 1991 vorgestellt. Daraus entstand die Stockholmer Initiative für Globale Sicherheit und Steuerung, aus der im September 1992 die Kommission für eine globale Steuerung aus 28 Mitgliedern hervorging, die die zukünftige Weltordnung entwerfen sollte. Sie traf sich zum ersten Mal im September 1992 in Genf und arbeitete in weiteren elf Treffen bis Oktober 1994 ein Programm aus, welche Strategien für den Aufbau der neuen Weltordnung sinnvoll sind. Dazu veröffentlichte sie einen Bericht, dem die hier wiedergegebenen Aussagen entnommen sind (Our Global Neighbourhood. The Report of the Commission on Global Governance, Oxford University Press, 1995). Das Sekretariat wurde von Anfang an (Mai 1992) in Genf situiert.

## Marxistische Analyse der gegenwärtigen Zustände

Diese Kommission stellt die Behauptung auf (S. 367 ff), dass die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und humanitären Ursachen der Konflikte in der Welt neu seien und deshalb auch neue Antworten aufgestellt werden müssten. Der globalisierte Markt führe zu ungleichmässigen Entwicklungen in der Welt, es gäbe deshalb grössere Unterschiede zwischen reich und arm zwischen und innerhalb der Nationen. Der ökonomische Fortschritt beinhalte auch, dass ein Fünftel der Bevölkerung in Armut lebe. Sogar reiche Länder hätten neuerdings Probleme mit einer unterprivilegierten Klasse. Die ökonomischen Kräfte würden Grenzen abbauen und im Widerspruch dazu würden die Grenzen immer weiter gegenüber den Flüchtlingen geschlossen, die als Opfer der

hervorgerufenen Armut, von Hunger, Konflikten und Umweltzerstörung aus ihrer Heimat vertrieben werden. Dieser Widerspruch würde die Spannung in der Welt erhöhen. Auf allen Ebenen gäbe es einen Unterschied zwischen den Forderungen der Individuen, den Völkern und Nationen und der Fähigkeit des Systems, deren Bedürfnisse zu erfüllen. Diese Behauptungen entspringen kaum verhüllt der marxistische Einbildung vom dialektischen Materialismus: Gemäss dieser längst widerlegten Ideologie soll die freie Marktwirtschaft Widersprüche hervorrufen, die die darunter leidenden Menschen immer weiter ins Elend stosse und zu immer schlechteren Zuständen führe. Zu dieser Vorstellung gehört auch die irrige Behauptung des historischen Materialismus, die Geschichte strebe auf einen bestimmten Zustand hin, der dann von den Verantwortlichen nur noch nachvollzogen werden müsse. Wer dieser marxistischen Doktrin folgt, wird als fortschrittlich bezeichnet. Dementsprechend behaupten die Autoren, dass das internationale System auf eine Weltgesellschaft hintreibe, die nicht mehr vorrangig aus Staaten, sondern von neuen Institutionen gelenkt werde.

### **Aufbau eines weltbeherrschenden Zentralkomitees?**

Die Behauptungen zeigen eher auf, wohin diese Ideologen die Welt führen möchten. Es soll ein globales Dorf entstehen, in der die alten, demokratisch legitimierten Akteure, wie die Staaten, ihre bedeutende Rolle verlieren. Dazu dient der Ausbau der verschiedenen Uno-Organisationen zu bestimmenden, aber nicht durch Wahlen legitimierten Institutionen, die Einführung von juristischen Gremien, die die Nichteinhaltung der Absichtserklärungen von einzelnen Staaten sanktionieren, also in deren Souveränität eingreifen können und die Stärkung der Nichtregierungsorganisationen (NROs) als Repräsentanten der Zivilgesellschaft. Sie sollen einen bedeutenden Platz erhalten, indem diese innerhalb der Länder die Umsetzung der Uno-Vorgaben überwachen. Wie gesagt handelt es sich bei den NROs um Organisationen, die nicht demokratisch legitimiert sind, sich in ihrem Vorgehen immer weniger auf sachliche Beratung beschränken und sich immer offensichtlicher als politische Akteure aufspielen. Diese Vorstellung einer eigentlichen Rätediktatur wird entsprechend der historischen marxistischen Vorbilder als Ausbau der demokratischen Strukturen propagiert.

## **Nichtregierungsorganisationen - die neue herrschende Klasse?**

Die NROs sollen die Zivilgesellschaft repräsentieren, die als Widerspruch zu der jeweiligen demokratischen Regierung gedacht ist. Die demokratische Regierung stellt im marxistischen Denken ja nicht die Repräsentation des Volkes dar, sondern vertritt die Interessen der Wirtschaft. Eine kleine Minderheit, die sich fortschrittliche Elite versteht, nimmt für sich in Anspruch, die eigentlichen, von ihr definierten Interessen des Volkes aufgrund höherer Einsichten zu kennen. Ihr totalitäres Denken erlaubt gibt ihnen, den Klassenfeind, die demokratischen Regierungen und deren Verteidiger mit allen Listen, Tücken und illegalen Methoden (nach Lenin) zu bekämpfen.

Der Begriff der Zivilgesellschaft stammt nach bisherigen Recherchen aus dem sprachlichen Kampffarsenal des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci. Gramsci ging es darum, die vom Staat unabhängigen freien Zusammenschlüsse innerhalb einer Gesellschaft so zu politisieren, dass sie sich für einen langfristigen Bürgerkrieg, für einen Stellungskrieg innerhalb der Gesellschaft, gegen den bürgerlichen Staat einsetzen lassen, um über die Besetzung des Bewusstseins die Gesellschaft zu erobern. Entsprechend treten sehr viele NROs an den Uno-Konferenzen als eigentliche Vertretung der Volksinteressen oder der Menschheitsinteressen auf, die den demokratisch gewählten Regierungen ihre Vorstellungen aufzwingen müssen. Es stört sie keineswegs, dass sie eigentlich nur eine kleine Minderheit gut organisierter Strategen darstellen, die durch niemanden legitimiert sind, die Macht über die zukünftige Gestaltung der Welt einzunehmen.

Wie immer in der Geschichte spannen sie die wirklich sinnvoll arbeitenden Organisationen in ihre Strategie mit ein.

Die Kommission für eine globale Steuerung legt besonderen Wert darauf, diese politisierten Teile der Gesellschaft kontinuierlich in ihrer Planung und in ihrer Durchsetzungsstrategie einzubauen. Sie dokumentieren damit, welche überragende Bedeutung diese Räten in Zukunft einnehmen sollen. Die Kommission gliederte ihre Arbeit in vier interessante Schwerpunkte: Die Entwicklung globaler Werte, globale Sicherheit, globale Entwicklung und globale Steuerung.

## **Die Grosskonzerne als anerkannte Akteure**

Zur neuen Weltordnung gehören die Grosskonzerne. In allen Uno-Papieren aus den 90er Jahren wird unter dem Titel „Privatwirtschaft“ die multinationalen Konzerne als anerkannte Akteure des politischen Entscheidungsprozesses aufgebaut. Dies steht im Gegensatz zum demokratischen Rechtsstaat, in dem alle Gewalt vom Volk ausgeht und höchstens die gewählten Vertreter die Gesetze ausarbeiten. Die Wirtschaft muss dem erquicklichen Zusammenleben dienen. Vertreter davon werden wie andere Teile der Gesellschaft konsultiert, wenn es darum geht, Gesetze auszuarbeiten. Mit dem Global Compact aus dem Jahr 1999 hat die Uno den Grosskonzernen versprochen, nicht mehr gegen ihre Machenschaften aufzutreten, wenn sie dafür in der neuen Weltordnung mitwirken. So können die Grosskonzerne fern von demokratischer Kontrolle auf Weltebene ihre Sonderinteressen durchsetzen und sich damit dem Gemeinwohlprinzip völlig entziehen.

## **Die Etablierung der neuen Weltordnung bis Mitte der 90er Jahre**

Die neue Weltordnung ist in den grossen UN-Konferenzen der 90er Jahre bereits schriftlich fixiert und von den Ländern - meist unwissend - unterstützt worden. Es entstand ein sogenannter Konsens. Gutklingende Begriffe wie nachhaltige Entwicklung, holistische oder ganzheitliche Betrachtung, Menschenzentriertheit, aber auch Begriffe, die jeden hellhörig machen wie neuer sozialer Konsens, neuer Sozialvertrag und sogar neue Weltordnung werden in diesen Dokumenten verbreitet.

Die Konferenzen behandelten Themen, die tatsächlich weltweit von Bedeutung sind, da es sich dabei um ungelöste Probleme handelt. An diesen Konferenzen nahmen deshalb sehr viele rechtschaffene und ehrlich bemühte Experten teil, die wirklich zur Lösung dieser Probleme beitragen könnten. Die Agenda der strategischen Gruppe beinhaltete jedoch, hinter dem Rücken ernsthaft arbeitender Kräfte ihre eigenen Ziele durchzusetzen - die neue Weltordnung mit neuen Menschen, deren Bewusstsein und deren Werte aber mit Zuckerbrot und Peitsche geändert werden müssen, damit die Welt vor dem behaupteten nahenden Untergang gerettet werden kann. Ein altbekanntes Vorgehen, das aus historischen Berichten über marxistische Einflussnahme längst bekannt ist. (beispielsweise Georg Kronawitter, Mit allen Kniffen und Listen. Strategie und Taktik der dogmatischen Linken in der SPD, Wien 1972 und Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder)

## **Die Schritte auf den einzelnen UN-Konferenzen**

Im folgenden sollen nur andeutungsweise wenige Punkte von den einzelnen Konferenzen berichtet werden.

An der Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro hat deren Generalsekretär, Maurice Strong, dafür gesorgt, dass die NROs das erste Mal einen grossen Einfluss auch auf das Abschlusspapier Agenda 21 gewinnen konnten. Maurice Strong regte dafür sogar ganz kurzfristig die Bildung von NROs an, die nur auf dem Papier stehen, die dann aber gegenüber den Regierungen als wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft auftreten können, so die feministische Organisation von Bella Abzug, die bis zu ihrem Tod 1999 entscheidenden Einfluss in der Uno hatte. Maurice Strong ist interessanterweise einer der 28 Mitglieder der Kommission für globale Steuerung. In Rio wurde der Begriff der nachhaltigen Entwicklung international eingeführt. Der Begriff ist eine Erfindung von Gro Harlem Brundtland, einer der Unterstützerinnen für die neue Weltordnung. Nachhaltigkeit kann so ausgelegt werden, dass jeglicher Fortschritt in der Technik verunmöglicht wird, wenn nicht nachgewiesen wird, dass damit die ganze Menschheit jahrhundertlang leben kann. Mit der Forderung nach Nachhaltigkeit erhalten die NROs nach deren Aussagen zum ersten Mal die Möglichkeit, die Wirtschaft in den entwickelten Ländern anzugreifen. Die entwickelten Länder sollen dazu gezwungen werden, ihren Lebensstandard einzuschränken, da behauptet wird, der ginge auf Kosten der ärmeren Länder - eine Behauptung, die die kreative Fähigkeit der Menschen ausblendet und wenn möglich ausschaltet, anstehende Probleme zu erkennen und zu lösen. Entsprechend wurden die Umweltprobleme im Ostblock bei sinkendem Lebensstandart nicht gelöst.

An der Wiener Konferenz für Menschenrechte 1993 wurden neue individuelle Rechte eingeführt, die mit den bisherigen Menschenrechten nichts zu tun haben. Sie sind nicht Ausdruck der dem Menschen von Natur aus innewohnenden Rechte, die den universellen Menschenrechten mit der Formulierung von 1948 zugrundeliegen. Dort wurde zum Beispiel festgehalten, dass die Frauen dieselben Rechte haben wie die Männer, weil der Mensch unabhängig vom Geschlecht von Natur aus Person ist. Bei den neuen sogenannten Frauenrechten oder den Kinderrechten werden Rechte postuliert, die nicht aus der Natur des Menschen abgeleitet werden, sondern aus einer ideologischen Betrachtung des Menschen. So ist das sogenannte Recht des Kindes auf unbeschränkte Zugang zu Information zwar dazu angetan, das Kind von interessierter Seite zu beeinflussen, zum Beispiel zu verstärktem Konsum von Waren, zu gewalttätigem Verhalten oder gar zur Denunzierung der Eltern. Dieses „Recht“ steht aber der naturgegebenen Notwendigkeit der Erziehung des Kindes durch verantwortungsbewusste Erwachsene entgegen, die als Eltern das Kind zum Beispiel vor gewaltverherrlichenden Einflüssen schützen wollen. Das neu eingeführte „Recht“ des Kindes auf unbeschränkten Zusammenschluss mit anderen steht dem natürlichen Erziehungsauftrag entgegen, zu verhindern, dass sich ein Kind zum Beispiel in Banden destruktiv betätigt.

Hinter diesem Ansatz steckt die Vorstellung vom Menschen als autonomem Wesen, das nicht auf das Zusammenleben und auf soziale Verhaltensweisen hin erzogen werden muss, sondern allein dem Staat und dessen Hilfsorganisationen verpflichtet ist, der ihm seine Bedürfnisse erklärt. Die behaupteten Bedürfnisse des Menschen können nur dann vom neu zu errichtenden Räte-System befriedigt werden, wenn die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und das Denken der Menschen nach deren Gutdünken verändert wird. Die Werte der Mehrheit der Bevölkerung, auch nicht diejenigen der Eltern spielen dabei keine Rolle. Diese Vorstellung widerspricht jeglicher Erkenntnis darüber, dass der Mensch ein soziales Wesen ist, das in eine Welt von feinfühligem Beziehungspersonen so eingeführt werden muss, dass es sich darin entfalten kann.

An der Bevölkerungskonferenz von Kairo 1994 wurden die Rechte der Frau primär darauf reduziert, dass sie die Möglichkeit zur Geburtenregelung haben müssten. Dort ging es auch darum, ein Konzept durchzusetzen, das nur auf die behaupteten momentanen Bedürfnisse der Menschen abzielt. Die Pflichten, die der einzelne erfüllen muss, damit ein Zusammenleben in einem gesellschaftlichen Verband mit staatlichen Institutionen möglich wird, werden ausgeklammert. Die Institutionen und deren Ziele sollen nur Erfüllungsgehilfe für die auch aufgepfropften oder eingebildeten Bedürfnisse der einzelnen sein.

Am Sozialgipfel in Kopenhagen 1995 wurde ein neuer Gesellschaftsvertrag eingeführt, der vom

kollektivistischen Denken geprägt ist.

An der Frauenkonferenz 1995 in Peking wurde die radikalfeministische Betrachtung des Welt zur allgemeinen Weltansicht erhoben, der Geschlechterkampf mit seinen verheerenden Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Frau und Mann als notwendige Voraussetzung aller Entwicklung postuliert. Um die unterdrückte Frau zu befreien, müsste das bestehende unterdrückerische System geändert werden.

Am Gipfel über das Wohnen in Istanbul 1996 ging es darum, die Bedeutung der NROs noch weiter auszubauen. Am Welternährungsgipfel 1996 in Rom wurden die Programme der vorhergehenden Konferenzen noch einmal integriert. An diesem Gipfel hiess es auch, dass die Einführung aller Programme in die internationalen Vertragswerke erfolgreich abgeschlossen sei. Es folge jetzt die Durchsetzung dieser Programme in den einzelnen Ländern in der sogenannten Aktionsphase. Die Uno und die NRO als ihre regionalen, nationalen und lokalen Hilfsorganisationen werden in Zukunft der Bevölkerung ständig zu erklären versuchen, wozu sich die Länder verpflichtet hätten, so dass die neue Weltordnung auf diesem Weg in allen Ländern durchgesetzt werden kann und die Parlamente sich selbst entmachten.

An allen Konferenzen unterschreiben die Staaten immer wieder dieselben Postulate. Das führt dazu, dass sie gemäss Theorie verschiedener Völkerrechtler mit der Zeit zu Völkerrecht werden, obwohl sie zunächst nur weiche Gesetze, soft laws sind. Ohne je von den Bürgern demokratischer Staaten diskutiert worden zu sein, könnten sie so von oben durchgesetzt werden.

## **Ein neues Kommunistischen Manifest?**

Auf der Nachkonferenz „5 Jahre nach Rio“ im März 1997 in Rio wurde ein erster Entwurf für eine „Earth Charta“ vorgestellt, in der die neue Weltordnung mit verpflichtenden Anweisungen in internationales Recht überführt werden soll. Sie stellt den Rechten der Menschenrechtserklärung von 1948 so viele weitere soziale, kulturelle und politische Rechte zur Seite, dass die bürgerlichen Menschenrechte dadurch geschwächt werden. Diese Strategie verfolgte schon der Ostblock in den letzten Jahrzehnten. Die Kommission für diese neue Charta wird vom schon erwähnten Maurice Strong präsiert. Er ist auch einer der fünf Mitglieder des Zentralkomitees der Earth Charta, die die fünf Kontinente repräsentieren sollen. Europa zum Beispiel wird interessanterweise von Michael Gorbatschow vertreten, dem bis heute bekennenden Marxisten- Leninisten. Die bisher vorliegende Charta entwarfen Vertreter des Zentralkomitees der NROs , Vertreter der niederländischen Regierung und Vertreter des vor fünf Jahren gegründeten Grünen Kreuzes. Der Präsident des Grünen Kreuzes heisst Michael Gorbatschow. In dieser Charta soll festgelegt werden, welche Aktivitäten in den einzelnen Regionen der Welt auf sozialem, wirtschaftlichem oder politischem Gebiet überhaupt noch durchgeführt werden dürfen, indem sie nicht gegen die „Nachhaltigkeit“ verstossen. Die Earth Charta soll weit verpflichtender sein als die allgemeine Erklärung der Menschenrechte heute. Sie erinnert eher an das Kommunistische Manifest von Karl Marx aus dem letzten Jahrhundert.

## **Neue Religion als Mittel der Machtsicherung**

Die Organisatoren dieser neuen Weltordnung mit ihrem marxistischen Ansatz haben sich nun vorgenommen, die Menschen mit einer einheitlichen Religion zu beglücken. Sie soll dazu dienen, die spirituellen Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen und gleichzeitig die neue Weltordnung in den Köpfen der Menschen zu verankern. Aus den gescheiterten kommunistischen Diktaturen haben deren Strategen gelernt, dass sie die Religion in ihren Herrschaftsapparat einbauen müssen. Sie brauchen deshalb eine gefügig machende Religion. Maurice Strong, hat zusammen mit seiner Frau Hanna 1988 die Manitou-Stiftung gegründet. Sie ist heute die grösste überkonfessionelle Vereinigung in Nordamerika. Eine Gruppe von Personen um Hannah Strong nimmt sich heraus,

durch jahrelange Versenkung, die Weisheit in Händen zu halten. Sie wollen über die Uno den Taoismus, den Hinduismus und indianische Religionen fördern, da diese Ansätze der Nachhaltigkeit der neuen Weltordnung nicht widersprechen. Es wird gesagt, dass die neue Religion die Menschen als Partner der Erde sehen muss. Gorbatschow liess sogar verlauten, dass das bisherige Menschenbild zu menschenzentriert sei. Das bedeutet aber auch, dass das Leben eines einzelnen Menschen weniger wichtig sein kann als das Leben anderer Lebewesen, als die Natur im allgemeinen oder als ideologische Ziele. Dies widerspricht dem christlich-aufgeklärten Weltbild, in dem jeder einzelne Mensch einen besonderen, über allem stehenden Wert besitzt, weshalb das Recht auf Leben und die Würde des Menschen nicht angetastet werden dürfen. Im aufgeklärten Denken ist der Mensch nicht einfach Ausdruck bestehender Verhältnisse, sondern unvertauschbare Person, die als solche von den Mitmenschen anerkannt werden muss. Im Gegensatz dazu wird im Jahresbericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 5. Mai 1997 postuliert, dass das Leben für den Menschen nur lebenswert sei, wenn er auch gesund sei. Gesund ist dabei, wer psychisch, sozial und körperlich keinen Einschränkungen unterworfen ist. Der ehemalige Generalsekretär Hiroshi Nakajima weist darauf hin, dass die WHO an einer neuen Ethik arbeitet, die das absolute Recht auf Leben in Frage stellt. Die christliche Religion zum Beispiel, jeder Monotheismus, kommt deshalb für die vorbereitete neue Weltordnung nicht in Frage. Sie stützt das falsche Bewusstsein und müssen deshalb abgeschafft werden. Die christlichen Kirchen können für diese Strategien jedoch insofern von Bedeutung sein, als sie heute oft der Politisierung der Kirchgänger dienen und das Kirchenvolk auf eine neue Weltordnung mit einer neuen Religion und einem Zentralkomitee einstimmen.